Nr. 148 21. Jahrg.

Fernsprecher:
Redaktion 32723 — Geschäftsstelle 32722
Postscheckkonto: Dresden Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Freitag, 30. Juni 1922

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Bezugspreis: Vierteljährlich frei ins Haus 32 M. zweimonatlich 21.50 M. monatlich 11 M. ausschließlich je 4 M Zuschlag für Mai und Juni 1922. Einzelnummer 1 M. Die Sächsische Volkszeitung erscheint wöchentlich sechsmal.

Anzeigenpreis: Die eingespaltene Petitzeile 5 M. für Familien- und Vereinsanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 4.50 M. Die Petit-Reklamezeile im redaktionellen Teil, 89 mm breit, 18 M. Für Inserate mit besonderer Plazierungsvorschrift auf obige Preise 25 Prozent Zuschlag. Offertengebühr: für Selbstabholer 2 M, bei Uebersendung durch die Post außerdem Portozuschlag.

Im Falle höherer Gewalt oder beim Ausbleiben der Papierlieferungen usw. erlischt jede Verpflichtung auf Erfüllung von Anzeigen-Aufträgen und Leistung von Schadenersatz.

Sprechstunde der Redaktion: 5—6 Uhr nachm. Nicht ausdrücklich zurückverlangte und mit Rückporto nicht versehene Einsendungen an die Redaktion werden nicht aufbewahrt. | Für undeutlich geschriebene sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vormittags. — Annahmestellen in Dresden: Schmidt'sche Buchhandlung, Inhaber P. Beck, Schloßstraße 5. in Bautzen: Franz Kursal, An der Petrikirche 4

Tagesschau

Von der 200 000-Lire-Spende für kranke deutsche Studenten des verstorbenen Papstes Benedikt soll jetzt 1 000 000 Mk. für Kurbelhilfen für ungefähr 300 Studierende aller Konfessionen ausgegeben werden.

Im Haag kam am 27. Juni die Unterkommission für das Privateigentum und die der Kredite zusammen, an der auch die Russen teilnahmen.

Die Interalliierte Kommission verläßt am 7. Juli Oppeln.

Der Eisenbahnerstreik in Wien ist abgebrochen.

Das polnische Kabinett, mit 226 gegen 118 Stimmen des Hauptausschusses für Sliwinski, wird sich wie bisher zusammensetzen.

In Uthmüden bei Braunschweig wurde ein Waffenlager mit 120 Seitengewehren, 198 Gewehren, Stahlhelmen und Munition entdeckt.

Eine amerikanisch-englische Gesellschaft will demnächst mit der Hebung der „Lusitania" beginnen.

Zu einem Zwischenfall kam es an der Universität Heidelberg, wo Geheimrat Lehnhard, der Nobelpreisträger, am 27. Juni trotz Verbots des Rektors eine Vorlesung abhielt. Arbeitermassen, von Studenten mit Steinen beworfen, wollten ihn daran hindern. Geheimrat Lehnhard und mehrere Studenten wurden ins Gerichtsgefängnis gebracht.

Die Wiener Studentenschaft mit dem Rektor der Universität, Hofrat Richl, den Direktoren und Mitgliedern des akademischen Senates veranstalteten Kundgebungen gegen den Versailler Vertrag.

Der Schoner „Edith" sank auf der Fahrt Stettin nach Finnland. Die vier Mann der Besatzung wurden gerettet.

Wochenrundschau

In Deutschland hat die politische Verhetzung ein neues Opfer gefordert. Für die Republik ist der Außenminister Dr. Rathenau gefallen. Und wenn auch die Meuchelmörder, die zu der Brutalität ihrer Tat noch die Feigheit der Flucht gesellen, entkommen sind, ohne daß es bisher gelungen ist, sie selbst zu fassen, so ist es keine Frage, in welchen Kreisen die Mordbuben zu suchen sind. Es können keine anderen Kreise sein als diejenigen, die in nationalistischer Irrsinnigkeit der Demokratie Todfeindschaft geschworen haben. Es ist höchste und allerhöchste Zeit, daß mit der Geheimbündelei in Deutschland aufgeräumt wird, daß alle diejenigen den härtesten Strafen verfallen, die dieses Unwesen einer entmenschten Mordkamerilla kennen, unterstützen und fördern, ja daß allen denen der Prozeß gemacht wird, die auch nur in der geringsten Beziehung zu solchen Umtrieben stehen. Aber nicht nur die Mörder, die jene Tat vollbrachten, sind fluch- und schuldbeladen. Eine solche Atmosphäre der politischen Verwilderung kann sich nicht ausbreiten, wenn nicht der Boden für sie geschaffen wird. Und alle diejenigen Elemente, die diesen Boden haben schaffen und bereiten helfen, sind in gleicher Weise schuld an der Vergiftung unseres gesamten öffentlichen Lebens und sie sind letzten Endes in gleicher Weise schuld an den Kugeln, von denen die Männer der Demokratie dahingerafft wurden. Rathenau ist der Judenhetze erlegen, die in Deutschland seit den Tagen der Revolution von ganz bestimmten Kreisen betrieben und zur Mode gemacht worden ist. Rathenau ist denen zum Opfer gefallen, die den Männern der Regierung die Vaterlandsliebe abzusprechen sich anmaßten. Aber er ist auch ein Opfer der Entente, die selbst seiner Versöhnungspolitik Gehör nicht schenkte und der deutschen Demokratie in ihrem schweren Kampfe um ihr Dasein Licht, Luft und Leben nimmt. Dieses Attentat ist der Ausfluß jener Lüge, die von gewissenlosen Hetzern immer wieder in die Hirne einer nur allzu leichtgläubigen Bevölkerungsschicht gehämmert wird — und mit Bewußtsein gehämmert wird. Leichtgläubig deshalb, weil diese sich selbst hinwegtäuschen wollen über die bittere Wahrheit und vielleicht über eigenes Verschulden. Denn wer die Männer von heute als die Schuldigen unseres ganzen großen und bitteren Unglücks bezichnet, der lügt. Und das sind diejenigen Kreise, die ihr eigenes Schuldbewußtsein abwälzen wollen auf die Schultern anderer. Die Demokratie hat sich vom ersten Tage an zur Erhaltung der Einheit der Nation selbst geopfert, als sie davon Abstand nahm, diejenigen zur Unterzeichnung der Gewaltdokumente zu zwingen, denen jene Liquidierung des verlorenen Krieges gerechterweise zugefallen wäre. Nicht Erzberger mußte die Unterschrift unter dem Dokument des Waffenstillstandes lauten, sondern Ludendorff. Nicht nur die innerpolitische Lage hat aus der Natur der Dinge eine Radikalisierung erfahren, sondern auch das Vertrauen in der Richtung unserer außenpolitischen Bestrebungen hat durch den Mord einen Rückschlag erfahren. Auf dem Wege, den wir bereits zurückgelegt hatten, sind wir immerhin um ein Stück zurückgeschleudert worden, zumal jede Erschütterung der Demokratie eine Schwächung des Vertrauens zu uns bedeutet. Aber wir hoffen, daß es trotz alledem dem Reichskanzler gelingen wird, auch hier wieder festen Boden unter den Füßen zu gewinnen, und wir hoffen dies um so mehr, als in allernächster Zeit wichtige Verhandlungen mit der Garantiekommission in Aussicht stehen. Man wird sich überzeugen dürfen, daß der Kurs unserer auswärtigen Politik derselbe bleibt. Aber auch innerpolitisch haben sich die Dinge kompliziert. Wenn auch die inneren Spannungen nach außen hin nicht so stark sichtbar sind, so will es uns doch so scheinen, als ob die Lage weit schwieriger ist, als sie es damals bei der Ermordung Erzbergers war. Die Regierung hat zunächst das einzige getan, was sie tun konnte. Sie hat schnell gehandelt. Und da die Ermordung Rathenaus einen Ausnahmezustand geschaffen hat, so war es nur zu berechtigt, wenn die Regierung Maßnahmen ergriff, die als Folgeerscheinungen dieses Ausnahmezustandes angesehen werden müssen. Es ist keineswegs ein erkaufliches Mittel, wenn sich eine Regierung gezwungen sieht, mit Ausnahmeverordnungen in den Gang des Staates einzugreifen. Aber wenn der geordnete Gang dieses Staates durch einen Angriff auf seinen Bestand gefährdet wird, dann ist die Regierung gezwungen, den Staat, sich selbst und alle staatswilligen und gutgesinnten Kreise zu schützen.

Die Aufklärung des Verbrechens

Die Namen der Mörder Rathenaus

Angehörige der Organisation C

Berlin, 28. Juni. Nachdem die Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums bereits am Dienstag den zur Ermordung des Ministers Rathenau benutzten Kraftwagen ermittelt und im Berliner Polizeipräsidium sichergestellt hatte, ist es ihr jetzt gelungen, die Mordtat in vollem Umfange aufzuklären und die Täter festzustellen. Die Täter sind:

1. Ernst Werner Techow,

21 Jahre alt, in Berlin geboren und zuletzt in Berlin wohnhaft, 1,78 Meter groß, dunkelblondes, gescheiteltes Haar, voller Mund, bartlos, rundes Kinn, gesunde, frische, gebräunte Gesichtsfarbe, schlanke Gestalt. Kleidung: Grauer Jackettanzug, langes Beinkleid, weicher dunkler Filzhut.

2. Fischer, auch Vogel genannt (Spitzname Pecheur) Hermann.

Früherer Aufenthaltsort Flöha i. Sa., auch Chemnitz, nicht älter als 25 Jahre, 1,75 bis 1,78 Meter groß, hellblond, hohe Stirn, braune Augen, Habennase, spitzer Mund, bartlos, blasses, schmales, aber gesundes Gesicht, schlanke Gestalt, sächsische Mundart. Kleidung: Blauer zweireihiger Sakkoanzug, gelbe Halbschuhe, gelber Regenmantel, weicher Halskragen, lange Krawatte.

3. Knauer, auch Körner und Kuerr genannt

gleichfalls nicht älter als 25 Jahre, 1,73 bis 1,75 Meter groß, hellblond, hohe Stirn, blaue Augen, Sattelnase, bartlos, spitzes Kinn, breites Gesicht, gebräunte, gesunde Gesichtsfarbe, kräftige, breitschultrige Gestalt, mecklenburgischer Dialekt. Kleidung: Blauer zweireihiger Sakkoanzug, schwarze Stiefel, weicher Stehkragen, kleine, schwarze Krawatte, Filzhut.

Die drei Genannten gehören der Organisation C an und waren früher Angehörige der Brigade Ehrhard. Der zu 3. genannte Knauer (Koerner, Kern) war während des Kapp-Putsches bei der sogenannten Stabswache der damaligen Kappschen Reichskanzlei tätig. Festgenommen sind die drei Täter bisher noch nicht. Sie haben sich aus Berlin entfernt. Da sie nach den polizeilichen Feststellungen zur Zeit der Tat nicht über große Geldmittel verfügten und auch keine Pässe besaßen, ist damit zu rechnen, daß die Täter sich im Inlande aufhalten. Techow ist am Sonntag abend mit dem D-Zug 8 Uhr 35 Min. nach Halle gefahren. Die beiden anderen haben vermutlich am Dienstag mittag Berlin verlassen und sich nach Norden begeben. Eine Anzahl weiterer Personen, die der Mittäterschaft überführt sind, wurde von der Berliner politischen Polizei bereits festgenommen.

Die Ermittelung des Automobils

Berlin, 28. Juni. Das Berliner Polizeipräsidium gab heute vormittag folgende Meldung aus: Der Kraftwagen, der von den Mördern des Außenministers Rathenau vermutlich bei der Ausführung der Tat benutzt wurde, ist gestern von der politischen Polizei ermittelt worden. Das Auto wurde in das Polizeipräsidium gebracht und dort in sicherem Gewahrsam gestellt. Es ist ein 16 PS-Mercedeswagen ganz modernen Stils. Die Beamten entdeckten den Wagen in einer Garage im Westen Berlins. Ueber die Herkunft und den Besitzer des Automobils machte der sofort vernommene Garagenbesitzer Angaben, nach denen am Vorabend des Mordtags zu ihm ein Chauffeur kam, der erklärte, er wolle seinen Wagen bei ihm einstellen. Sein Herr würde in den nächsten Tagen kommen und die Garage für einige Zeit mieten. Am anderen Morgen kam der Chauffeur wieder mit dem Bemerken, er müsse jetzt seinen Herrn mit dem Auto irgendwohin bringen. Sie würden dann zurückkehren, um die Garage zu mieten. Der Garagebesitzer willigte ein und der Chauffeur fuhr mit dem Auto davon. Es war dies, wie jetzt festgestellt werden konnte, kurze Zeit vor Verübung des Attentats. Mehrere Stunden, nachdem der Ministermord verübt worden war, kehrte der Chauffeur mit dem Wagen zurück, wieder ohne seinen angeblichen Herrn. Abermals erklärte er, daß der Besitzer des Wagens später kommen würde und entfernte sich.

Nun kam der Chauffeur nicht mehr wieder, und von dieser Zeit an kümmerte sich überhaupt niemand mehr um den Wagen. Als unverständlich wird angesehen, daß der Garagenbesitzer von diesem Vorfall und von dem herrenlosen Wagen der Polizei keine Mitteilung machte, obwohl von dieser Seite mehrere Tage auf das Auto der Täter gefahndet wurde.

Neue Enthüllungen bevorstehend

Berlin, 29. Juni. Im Hinblick auf die augenblicklichen Ermittlungen der Polizei gewahrte der Chef der Berliner politischen Polizei Oberregierungsrat Dr. Weiß einem Mitarbeiter des Berliner Tageblattes noch in vorgerückter Stunde eine Unterredung, in der sich Dr. Weiß über die Gründe ausließ, die ihn zu der Preisgabe der Namen der Mörder veranlaßt haben. Dr. Weiß erklärte, daß ihm die Täter nicht erst seit gestern bekannt waren, daß er aber ihre Namen so lange geheimhalten wollte, wie er mit der Möglichkeit rechnen konnte, die Mörder in Berlin zu verhaften. Erst gestern abend als die Nachforschungen nach den Attentätern ergaben, daß sie alle drei Berlin verlassen haben, entschloß er sich ihre Namen der Oeffentlichkeit preiszugeben. Nun rechnet er mit Rücksicht auf die Empörung, die die Tat in allen Kreisen der deutschen Bevölkerung ausgelöst hat, mit der regsten Beteiligung des Publikums an der Aufklärung des Verbrechens. Wenn auch sämtliche Grenzen für die Täter gesperrt sind, wenn auch ihr Signalement auf allen Polizeistationen des Reiches vorliegt, so ist es doch dringend erforderlich, daß das Publikum selbst mit auf die Mörder fahndet, um ihnen so auch die letzte Möglichkeit der Flucht ins Ausland mit den von ihren Freunden, die sämtlich der Organisation C angehören, gewährten Geldern zu nehmen. Auf diese Weise hofft man auch den Unterschlupf der Mörder auf dem platten Lande zu verhindern. Schon im Laufe des Donnerstagvormittag dürfte die politische Polizei, so erklärte Dr. Weiß, noch mit weiteren Enthüllungen, die für die Mitarbeit des Publikums von größter Wichtigkeit sind, vor die Oeffentlichkeit treten.

Woher die Gelder zur Flucht kamen

Berlin, 29. Juni. Es werden zahlreiche Einzelheiten über die Hilfsmittel der Mörder bekannt, von denen hier vorerst nur gesagt werden kann, daß für sie und für die Tat selbst hohe Geldsummen zur Verfügung standen. Die Summen waren von hochgestellten Persönlichkeiten zur Verfügung gestellt worden. Die Fäden der Verschwörung ziehen sich weit über Berlin hinaus und reichen bis nach Süddeutschland, wo sie in den Kreisen einer Geheimorganisation zusammentreffen.

Aufsehenerregende Enthüllungen des Vorwärts

Berlin, 29. Juni. Der Vorwärts veröffentlicht heute einen offenen Brief ehemaliger Mitglieder der Organisation C an die Deutschnationale Volkspartei, in dem versucht wird nachzuweisen, daß die Deutschnationale Volkspartei wiederholt rechtsbolschewistische Flüchtlinge mit Bargeld und falschen Papieren unterstützt hat. Die Angaben dieses Briefes sind nach Mitteilung des Vorwärts auch den zuständigen Behörden unterbreitet worden.

Deutscher Reichstag

Dem Reichstag lag am Mittwoch ein ziemlich umfangreiches Programm vor. Nicht weniger als 13 Punkte standen auf der Tagesordnung. Darunter befand sich auch das Gesetz über die Getreideumlage in zweiter Lesung. Es wurde jedoch von der Tagesordnung abgesetzt, weil zu befürchten stand, daß sowohl die Rechte als auch die Linke sich gegen den Entwurf wenden würden, weil die Rechte die abzuliefernde Getreidemenge und die Linke die Festsetzung des Preises bemängeln zu müssen glaubten. Es wird nunmehr noch einmal der Versuch gemacht werden, in dieser schwierigen Materie zu einer Einigung zu gelangen, die nicht zu erzielen ist, wenn nicht von beiden Seiten nachgegeben werden sollte. Die Sitzung selbst begann mit einer Trauerkundgebung des Präsidenten Löbe, die hervorgerufen wurde durch das furchtbare Eisenbahnunglück in Berlin. Er spricht den Hinterbliebenen der Getöteten das Beileid des Reichstages aus. Bei Beratung der Tagesordnung wird zunächst der Nachtragsetat für 1922 ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen. Dazu gehört eine Entschließung, in der die Regierung ersucht wird, die sozialen Zulagen für die Beamten der Geldentwertung anzupassen. Ohne Debatte wird das Gesetz über die Erhöhung der statistischen Gebühren für den Warenverkehr mit dem Auslande genehmigt. An den Volkswirtschaftsausschuß geht ein Entwurf über Abweichungen vom Biersteuergesetz. Ein Zusatzabkommen zu dem deutsch-polnischen Abkommen über Oberschlesien wird angenommen. Zu einer Debatte kommt es erst bei der Beratung über den Gesetzentwurf, der die Arbeitszeit im Bergbau unter Tage behandelt. Dieses Gesetz war ursprünglich nur für den Steinkohlenbergbau gedacht. Der Ausschuß hat es jedoch auf alle Gruben ausgedehnt. Danach soll die allgemein durch Tarife festgesetzte Arbeitszeit gesetzlich bindend sein. Ueberstunden können jedoch durch allgemein verbindlichen Tarifvertrag vereinbart werden. Die Kommunisten haben für dieses Gesetz besondere Wünsche. Sie wollen die Ausdehnung auf die Salinen und eine Schichtzeit von längstens 7 Stunden. An besonders heißen Arbeitsstätten soll sie noch kürzer sein. In die Debatte greift auch der Reichsarbeitsminister selber ein. Er wendet sich vornehmlich

SLUB
Wir führen Wissen.